

Saale-Zeitung.

Sechsbundertziger Jahrgang.

wochen die Spaltenzahl... Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 275.

Halle a. S., Donnerstag, den 16. Juni.

1910.

Das Recht des Studenten.

Man schreibt uns: Die Rechtsverhältnisse der Besucher der deutschen Universitäten haben am Montag das preussische Abgeordnetenhaus beschäftigt.

Der deutsche Student erfreut sich im allgemeinen ziemlich weitgehender Freiheiten. Er ist nicht gezwungen, dem Studium mit der peinlichen Regelmäßigkeit obzuliegen, die man vorher auf dem Gymnasium von ihm gefordert hat.

Einen großen Teil der preussischen Parlamentsdebatte hat die Diskussion über die Institution des Karzers eingenommen. Die Karzerstrafe wurde von den freimütigen Abgeordneten als unwürdig hingestellt.

jedes auf nächstlicher Gasse gesungene Studiosentlied als Ruheförder und groben Anflug ansehen, für die es nur in der Gefängniszeit eine Genugtuung gibt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

87. Sitzung. Mittwoch, den 15. Juni, 11 Uhr.

Petitionen.

Die Eingabe des Kaufm. Verbandes für weibliche Angestellte und des Verbandes deutscher Gewerbegehilfen um allgemeine Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht für alle männlichen und weiblichen Personen wird, soweit sie die männlichen Angestellten betrifft, zur Berücksichtigung überwiesen, hinsichtlich der weiblichen als Material.

Eine Eingabe des Verbandes konditionierender Apotheker um Abänderung der Apotheken wird zur Erwägung überwiesen. Abg. Dr. Schep (Sp.): Die Vermehrung der Apotheken hat mit der Bevölkerung in den Städten nicht Schritt gehalten.

Abg. Kaufant (Hole) befragt sich über Bevorzugung deutscher Apotheker vor polnischen bei Erteilung von Konzessionen. Eingaben von Drogistenverbänden, Handelskammern und anderen Vereinigungen mit Vorschlägen für die Kontrolle der vorläufig verbotenen Arzneimittel und mit der Forderung des grundsätzlichen Ausschusses der Apotheker-Drogisten von dieser Kontrolle werden der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Eingaben des Verbandes deutscher Dachpappen-Fabrikanten der Zement- und Tomaroten-Industrie, die im Interesse des Dachpappensachverständigen über die Verwendung des Strohdachens Forschungen und die gegen die Heimatschutzbewegung werden, sollen nach dem Antrage der Handels- und Gewerbekommission der Regierung zur Erledigung überwiesen werden.

Abg. v. Brandenfelz (Konf.) beantragt Zurückverweisung an die Kommission zur schriftlichen Berichterstattung. Die Dachpappen- und Zementinteressen könnten nicht beanspruchen, daß ihrerwegen etwas unangenehme Maßnahmen, wie das Verbot des Strohdachens, getroffen werden.

Der Antrag Brandenfelz wird einstimmig angenommen. Inzwischen ist ein Antrag Engelsmann (nl.) und Gen. eingegangen, der seltene Staatsbisse für die durch schwere Naturereignisse gefährdeten Bewohner des Myrtals fordert.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) beantragt, diesen Antrag noch in der heutigen Sitzung zur Verhandlung und Beschlußfassung zu stellen.

Das wird einstimmig beschlossen; es wird das Erscheinen eines Ministers abgewartet.

Eine Reihe weiterer Petitionen wird gemäß den Kommissionsanträgen erledigt; u. a. wird eine Eingabe des D. Arbeiter in Magdeburg wegen Einführung der Zentralfür Kinematographen vorstellungen zur Berücksichtigung überwiesen, während eine Petition des Provinzialverbandes der hannoverschen Bürgervereine wegen Abänderung der hannoverschen Städteordnung zur Erwägung überwiesen wird.

Mehrere Vorschläge um Anrechnung von Hilfslehrern, die nicht der Vorklasse der Oberlehrer auf ihr Befoldungsdienstalter werden, während ein Regierungskommissar betont hat, daß die Regierung schon weit über die vom Hause seinerzeit in dieser Frage gefassten Beschlüsse hinausgegangen sei, trotzdem dem Kommissionsantrage gemäß zur Berücksichtigung überwiesen, soweit es sich bei den Petitionen um grundsätzliche Forderungen handelt; soweit persönliche Ansprüche der Petenten in Frage kommen, wird Überweisung zur Berücksichtigung oder zur Erwägung und Überlegung zur Tagesordnung beschloffen.

Eine Reihe Petitionen erludt um einheitliche gesetzliche Regelung der Besoldungsverhältnisse der Leiter, Lehrer und Lehrenden von öffentlichen niederen Schulen. Die Unterrichtscommission beantragt, diese Petitionen der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Hinzmann (nl.) beantragt Überweisung zur Berücksichtigung. Abg. Graf Haulonville (Konf.): Auch wir wünschen die Regelung, wollen aber die Regierung nicht drängen.

Die Petitionen werden zur Berücksichtigung überwiesen. Der Status bei der kommunalen Umwälzung. Der Antrag Hammer (Konf.) will für die Umwälzungsordnungen von Kreisen und Gemeinden die Bestimmung zugelassen

wissen, daß, falls von zwei Kontrahenten beim Grundstücksbesitzwechsel der eine — in der Regel wohl der Fiskus — Steuerfreiheit genießt, die Umwälzung von dem anderen voll zu erheben ist. Jetzt wird die Genehmigung zum Umwälzungsordnungen in der Regel davon abhängig gemacht, daß in diesem Falle nur die Hälfte der Steuer vom Umwälzungsrechtspflichten erhoben wird. Hierzu hat Abg. v. Lukenstj (nl.) beantragt, daß in den kommunalen Umwälzungsordnungen die volle Heranziehung des Fiskus zur Steuer zur Verbindung gemacht wird. Die Gemeindefinanzkommission hat den Antrag Hammer angenommen mit der Forderung, daß die gewünschte Bestimmung von der Staatsregierung grundsätzlich zugelassen werden soll.

Abg. Lukenstj (nl.): Meine Bedenken gegen den Antrag Hammer sind nicht zerstreut, aber im Grunde läßt er doch auf dasselbe hinaus wie mein Antrag. Ich bin der Meinung, daß die Regierung den Erlaß von Umwälzungsordnungen der Gemeinden nicht davon abhängig machen kann, ob die Gemeinden dem Fiskus Steuerfreiheit zugestehen oder nicht. Andererseits will ich nicht soweit gehen, wie es der Antrag Hammer will, der Induktion auch von den milden Stützungen eine Umwälzung erziehen würde.

Abg. Oberfinanzrat Schwarz: Die Staatsregierung muß am ihrem abnehmenden Standpunkt gegenüber dem Antrag Lukenstj festhalten. Kann ein anderer Staat ist den Gemeinden bezüglich der Erhaltung von Steuerquellen soweit entgegengekommen wie Preußen. Da kann man es aber dem Staat nicht verdenken, daß er sich für seine Grundbesitzer die Steuerfreiheit ausbedient. Würde dem Antrag Lukenstj stattgegeben, dann würde bald die Steuerbefreiung des Fiskus, welche die Praxis des Staatsministeriums als Regel ansieht, zur Ausnahme werden. Ich kann nur erklären, daß die Staatsregierung bereit ist, den Wünschen des hohen Hauses soweit als möglich nachzukommen.

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (Konf.) befragt den Kommissionsantrag. Dieser wird hierauf angenommen. Inzwischen ist Minister v. Moltke erschienen. Das Haus tritt daher in die Beratung des Antrages Engelsmann über die Umwälzungen in Myrtal.

Abg. Engelsmann (nl.) gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß das Haus noch veranlaßt ist und so Gelegenheit habe, die außer, gewöhnlich schwereren Schäden vom Myrtal zu befreien. Rehrer schließt darauf die Ereignisse und Folgen des Stollenbruchs in der Eifel und im Myrtalgebiet und spricht unter dem Beifall des Hauses den Betroffenen und Opfern das tiefste Mitgefühl aus. Der Staat muß hier alles daran setzen, um die schwereren Schäden zu heilen.

Minister des Innern v. Moltke:

Ich habe über das schwere und tief bedauerliche Verhängnis, das sich in einem Teile des Myrtals ereignet hat, durch den Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten eine genaue Untersuchung einleiten lassen. Infolge der Beschäftigung der Telegraphen- und Telephonleitungen und der Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs ist es einflussreicher sehr schwer, einen genaueren Überblick über die Katastrophe zu gewinnen. Soeben ist mir ein Bericht des Landrats zugegangen, der die Einzelheiten des Unglücks auf Grund persönlicher Anschauungen schildert und der deshalb weitestgehend Interesse erregen dürfte. Der Minister verliest diesen Bericht. Ich habe gleich auf die ersten Berichte hin ein Gutachten des Oberpräsidenten eingeholt, so ein Notstand eingetreten ist. Sollte der Oberpräsident diese Frage bejahen, so wird die Staatsregierung selbstverständlich in demselben Maße eingreifen, wie das in ähnlichen Fällen bisher geschehen ist. Sollte sich weiter herausstellen, daß für die Notlage eine schnelle erste Hilfe erforderlich ist, so soll auch diese nach bestem Vermögen durch die Regierung erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Eichhoff (Sp.): Auch meine politischen Freunde stehen dem Antrage mit warmer Sympathie gegenüber. Das Unglück scheint viel größer zu sein, als nach den ersten Meldungen zu erwarten war. Umso mehr werden wir dem Antrage zustimmen.

Abg. Bergmann (So.): Wir sind dem Antragsteller dankbar für die Einbringung des Antrages, dem wir gern zu stimmen werden.

Auch die Abg. v. Pappenheim (Konf.), Frhr. v. Juchacz (Kst.) und Stoyanoff (Hole) erklären, dem Antrage zustimmen, der dann unter dem Beifall des Hauses einstimmig angenommen wird.

Es folgt die Beratung des Antrages Beyer-Dortmann (Str.) auf Neuregelung der statistischen Nachweise über die Löhne der Staatsarbeiter.

Abg. Beyer-Dortmann (Str.) begründet seinen Antrag, der im wesentlichen verlangt, daß im Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der Staatsbetriebe die statistischen Nachweise über die Löhne der Handwerker und Arbeiter dahin erweitert werden, daß aus denselben ersichtlich sind die in Eisenbahnbetriebsbezirken verdienten reinen Arbeitslöhne (mit Ausschluß der Besoldungen usw.) für Kolonnenarbeiter, Handwerker, Hilfs- und Betriebsarbeiter, für Güterboden- und Bahnwartungsarbeiter.

Ein Regierungskommissar spricht sich gegen den Antrag aus; die gewünschten Veränderungen in der Statistik würden dazu führen, daß die Zahlen keinen Anspruch auf Genauigkeit mehr erheben könnten.

Abg. Delius (Vp.):

M. H.! Wir werden dem Antrage der Zentrumsfraktion gern zustimmen. Wir bedauern, daß es uns nicht eher möglich geworden ist, den von uns gestellten Antrag noch vor diesem Hause verhandeln zu können, sonst würden wir vielleicht die Möglichkeit gehabt haben, die von der Staatsbetriebsverwaltung geschätzten Löhne noch etwas unter die Lupe zu nehmen. Wir legen den größten Wert darauf, daß von Seiten der Staatsbetriebsverwaltung ein Material geliefert wird, aus welchem wir unsofort die wirklichen Löhne der Arbeiterarbeitsergebnisse ersehen können. Bei den statistischen Nachweisen, die uns jetzt gegeben werden, ist das zu



unserem Bauern nicht möglich. Einmal sind in den Löhnen sehr viele Ausgaben enthalten, die auf Wohlthaten entfallen, und dann sind die ziemlich hohen Beiträge der Tagelöhner für die technischen Hilfsmittel darin enthalten. Gerade seitens des Verbandes der Eisenbahnarbeiter und Arbeiter in Berlin wird mit Recht darauf hingewiesen, daß dadurch die Arbeiterlöhne ein wesentlich anderes Gesicht erhalten. Es unterliegt nach unserem Dafürhalten keinem Zweifel, daß die Arbeiterlöhne der Staatseisenbahnverwaltung bringend der Aufbesserung bedürfen. Auch in der Petition des Verbandes der Eisenbahnarbeiter und Arbeiter ist mit Recht betont worden, daß die Beamten bei der Staatseisenbahnverwaltung um 20 bis 25 Prozent aufgebessert worden sind und daß dementsprechend auch eine Aufbesserung der Arbeiterlöhne als mindestens notwendig bezeichnet werden muß. Wird die Statistik in der Weise aufgestellt, wie es seitens des Kollegen Vener beantragt wird, daß eine gewisse Leberfähigkeit erzielt wird, dann werden wir vielleicht eine Handhabe haben, um darzulegen, wo uns Lohnaufbesserungen in einzelnen Bezirken erforderlich erscheinen. (Seitfall links.)

Der Antrag wird gegen die Rechte angenommen.  
**Die Sprachfrage.**

Zwei gleichlautende Anträge: der eine von den Abge. v. v. Bieberstein, Dr. Gaigalot, Arndt und Meyer-Tilff (kon.), der andere vom Abg. Schwabach (nl.), erstehen die Königl. Staatsregierung um eine Vorlage, durch die der unbeschränkte Gebrauch der litauischen, mairischen und wendischen Sprache in öffentlichen Veranlassungen landesgesetzlich gewährleistet wird. Ein Antrag Korkernitz (Str.) erhebt die gleiche Forderung für die wallonische, französische und mairische Sprache. Ein Antrag Dr. v. Jagdewitz (Pole) für die polnische und alle nördlichen der allgemeinen Zustimmung fremder Sprachen in öffentlichen Veranlassungen eine Anwendung an die Verwaltungsbeförden verlangen, monach für Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge die Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung erzielt wird.

Abg. Schwabach (nl.) begründet seinen Antrag.  
Abg. v. Brandenstein (kon.): Auch mit sind die Litauer und Meßauer als durchaus treue Staatsbürger bekannt. In sich wäre deshalb gegen den Antrag nichts einzuwenden. Aber seine Annahme würde zur Folge haben, daß nun auch alle anderen möglichen Sprachen landesgesetzlich zugelassen werden sollten. Damit können wir doch nicht einverstanden sein.

Abg. Stante (Str.) spricht für die Mairen in Oberhessen.  
Abg. Stange (Pole) vertritt den Antrag seiner Vater.

Abg. Arndt (kon.): Wir müssen uns wundern, daß die Freunde des Herrn Schwabach im Reichstag behauptet haben, wir hätten den Litauern, Meßauern und Wenden den unbeschränkten Gebrauch ihrer Muttersprache unmöglich gemacht, indem wir den Sprachparagrafen durchgeholt hätten. Tatsächlich wollte der nationalliberale Abg. Jund in den Kommissionsverhandlungen der Reichstags diese Einschränkungen auch auf die Litauer ausgedehnt wissen.

Abg. Pfeiffer (Str.) tritt für den Gebrauch der wallonischen Sprache in öffentlichen Veranlassungen ein.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (Hl.): Wir sind der Ansicht, daß die Bestimmungen des Reichsversammlungsgesetzes genügen und lehnen deshalb alle Anträge ab.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Gegen die Veranlassungen unter freiem Himmel und gegen Aufzüge wird eine unglaublich kleinliche Haltung eingenommen, wenn die Teilnehmer Sozialdemokraten sind.

Gehelmat v. Hermann: Das Reichsvereinsgesetz hat selbst gewisse Ausnahmen der Landesgesetzgebung überlassen und der preussische Minister des Innern hat durch Ausführungsanweisung den Gebrauch der litauischen, mairischen, wendischen, wallonischen, französischen und in einigen Kreisen der dänischen Sprache zugelassen. Bezüglich der ersten drei Anträge wird also dem praktischen Bedürfnis vollkommen Rechnung getragen. Die Einschränkung im einzelnen Fall muß aber immer von der Stellung abhängig gemacht werden, in welchem Maß sich eine fremdsprachige Bevölkerung in das deutsche Volkstüm einreicht hat. Desist ist der Verwaltungsweg der richtige. Ich bitte, sämtliche Anträge abzulehnen. Solange wir mit Strohdenkmalen rechnen müssen, kann die Regierung ihre Maßnahmen nicht preisgeben. Das Haus vertagt sich.

Präsident v. Stöcker erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung für morgen anzusetzen, falls noch Vorlagen aus dem Herrenhaus zurückommen.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Herrenhaus.

18. Sitzung. Mittwoch, den 15. Juni.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben.  
Präsident Herr v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 50 Min.  
Nach Erledigung von Rechnungsachen tritt das Haus in die Beratung der Vorlage betr. die

## Erhöhung der Justizliste

und des damit zusammenhängenden Nachtragsetzes ein.  
Herr v. Busch-Garnow beantragt namens der Kommission unveränderte Annahme des Gesetzes, das ja auch in anderen Punkte von den freierfallenden Parteien einmütig gutgeheißen worden ist.

Herr v. Böttcher meldet sich niemand. Die Vorlage wird einstimmig genehmigt.  
Die Kommission um Gerichtslosgesetz und zur Gehaltsordnung der Richter beantragt die Kommission in der Fassung des Abgeordnetenhaus anzunehmen.

Minister Dr. Bessler: Freußen konnte hinter dem Reich nicht zurückbleiben. Auch nach Annahme der Vorlage werden noch erhebliche finanzielle Zuschüsse zu den Kosten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nötig sein.

Herr v. Puttmann bittet die Regierung, eine weitere Steigerung zu unterlassen.  
Beide Vorlagen werden en bloc angenommen.

Der Gesetzentwurf wegen Verringerung der Landgerichtsbezirke, Greifeld, Alene und Müden-Glabdau wird genehmigt, nachdem Oberbürgermeister Dr. Dehler-Greifeld Wünsche für eine künftige bessere Verhältnisse Greifelds geäußert und Justizminister Bessler bestritten hatte, daß die Interessen Greifelds beeinträchtigt werden.

Angenommen wird ferner eine Resolution des Grafen Loosbrock, worin die Errichtung eines Amtsgeschäfts Sächsen gefordert wird, sobald sich genügendes Arbeitsstoff für ein einzelnes Amtsgeschäft findet. Ferner fordert die Resolution

möglichst baldige Zuteilung der Amtsgerichtsbezirke Emmerich und Neems zum Landgericht Alene.

Die Kommission zum Gesetz betr. die Wohnungsgegendzuschüsse und Mietensduldungen beantragt die Kommission in der Abgeordnetenhausfassung anzunehmen.

Herr v. Jüdenheim-Schönberg: Ebenso wie ich, werden viele Herren diesem Gesetzentwurf nur mit schmerzlichen Herzen zustimmen können, weil er nicht alle unsere Wünsche erfüllt. Da aber das Ministerbureau den Provinzialräten für eine große Anzahl von Beamten noch ungenügend wäre, als das neue Gesetz, werden wir es in der vorliegenden Fassung annehmen.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben: Die Staatsregierung hat alle Veranlassung, der Konstitutionellen Partei auch im Abgeordnetenhaus für die Unterstützung zu danken, die sie der Regierung hat zuteil werden lassen. Wir haben immer den Grundhieb vertreten, daß der Wohnungsgegendzuschuß im Reich und in Preußen gleichmäßig geregelt werden muß. Deshalb konnten wir abweichende Anträge nicht gutheißen.

Herr v. Busch: Ich freue mich, daß die Staatsregierung diesmal eine feste Stellung eingenommen und die Gehaltsregulierung nicht abhängig gemacht hat von dem Kampf um die Popularität unter den Parteien. (Beifall rechts.)

Die Vorlage wird en bloc angenommen, ebenso einstimmig eine Resolution, worin die Regierung aufgefordert wird, im Bundesrat auf eine möglichst baldige Einleitung einzelner Orte in andere Kreislagen hinzuwirken.

Es folgt die Beratung des Gesetzes betr. die Bewilligung weiterer Mittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Staatsarbeitern und Unterbeamten.

Das Haus beschließt zunächst den Antrag der Kommission unverändert anzunehmen.

Es folgt die Beratung eines Gesetzentwurfs betr. eine Veränderung der Provinzialordnung für Weiskalen. Daraus soll die Zahl der in den einzelnen Kreisen zu wählenden Provinziallandtagsabgeordneten anders bemessen werden, wie bisher.

Oberbürgermeister Henke-Magdeburg (zur Geschäftsordnung) beantragt Ablehnung der Vorlage, da sie noch gründlicher Prüfung bedürftig ist, was im Abgeordnetenhaus nicht geschehen ist und da die Verabschiedung der Vorlage nicht eilt, weil bei der nächsten Provinziallandtagssitzung doch noch nach dem alten Verfahren gewählt werden wird.

Nach kürzerer Erörterung wird der Antrag Henke angenommen.

Ueber eine Petition des Deutschen Fleischer-Vereins um Abänderung des § 11 des Kommunalabgabengesetzes beschließt das Haus gemäß dem Vorschlage der Kommission Verlegung zur Tagesordnung.

Es folgt eine Eingabe des Magistrats Breslau, um Abänderung des Gesetzes betr. die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufträgen verursachten Schadens. Die Petition ist bekanntlich durch den Fall Biewald veranlaßt. Die Gemeindefinanzverwaltung beantragt Verlegung zur Tagesordnung.

Herr v. Sadow, als Referent: Das Verlangen des Magistrats Breslau, in Städten mit königlicher Polizei den Staat haftpflichtig zu machen, würde zweierlei Recht schaffen und ist deshalb unerfüllbar.

Oberbürgermeister Bender-Breslau beantragt Ueberweisung als Material. Es liege im betreffenden Falle überhaupt nicht ein Ersatz der Bevölkerung vor, sondern ein Ersatz in der Bekämpfung der Bevölkerung durch eigene der staatlichen Polizeiverwaltung. Das Gesetz von 1850 sollte die öffentliche Sicherheit erhalten. Aber wie könne eine Gemeinde mit königlicher Polizeiverwaltung für die öffentliche Sicherheit verantwortlich gemacht werden? Verantwortlich noch dazu für ein schuldhaftes Verhalten eines ihr nicht unterstellten Beamten?!

Herr v. Sadow, als Referent: Das Verlangen des Magistrats Breslau, in Städten mit königlicher Polizei den Staat haftpflichtig zu machen, würde zweierlei Recht schaffen und ist deshalb unerfüllbar.

Herr Dr. Hamm: Das Gesetz von 1850 soll vor allem das Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeinden und der einzelnen Bürger stärken. Das ist eine gute Wirkung, und daran soll man nicht ohne zwingenden Grund rütteln.

## Oberbürgermeister Rive-Halle:

Was heißt denn Verantwortlichkeit der Gemeinden für die öffentliche Ruhe in einer Stadt, wo die königliche Polizei waltet? Die bürgerlichen Elemente sind gar nicht in der Lage, auf die Erhaltung der Ordnung einzutreten. Das ist Sache der Polizei, und es wäre eine Schande, wenn sie sich diese Aufgabe nicht annehmen ließe. Gerade bei den Reichstagsabgeordneten ist ja hier über das Verhalten der Polizei ja geurteilt worden. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeinden, wie es uns hier in großer Parade vorgeführt wird, bedeutet die Aufstellung eines ganz bedenklichen Prinzips. Das Gesetz von 1850 hat Vorgesänger in königlichen Verordnungen aus dem Jahre 1811 gehabt. Stadträte und Polizeiregiment waren damals wie 1850 identisch. Da war es bedingt, den Bürgern zu sagen: „Gehet für Ordnung. Tut ihr es nicht, so müßt ihr für die Folgen aufkommen.“ Inzwischen aber sind in den großen Städten überall Rgl. Polizeiverwaltungen eingerichtet, und der Bürger darf sich in das Polizeigesetz gar nicht mehr einmischen. Wie kann man da dieses veraltete Gesetz noch anwenden! Das Abgeordnetenhaus hat sich jetzt, wenn es über diese Petition zur Tagesordnung übergeht. Die Verhältnisse haben sich geändert, also muß sich das Recht gleichfalls ändern. Der Gedanke, daß ein unzulässig Gehaltsgewinn sich an einen Erbschaftsbesitzer und Erbschaftsbesitzer heften können muß, ist ja gar nicht länger annehmbar. Wir in einer Stadt königliche Polizei, so ist die Gemeinde ersichtpflichtig. Das ist ganz klar, und bei diesem Sachverhalt können wir unmöglich aus dem Handgelenk über eine solche Petition zur Tagesordnung übergeben.

Der Antrag der Kommission wird schließlich gegen eine vernehmliche Minderheit abgelehnt und der Antrag Bender angenommen.

Donnerstag 10 1/2 Uhr: Petitionen, Gesundheitsvorsorge und andere Verlagen.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutsches Reich.

### Der kalte Wasserstrahl nach Rom.

Die diplomatische Aktion der preussischen Regierung beim Vatikan und das von Berlin erzielte Resultat findet, soweit es jetzt erlischt, durchaus den Beifall der liberalen und der demokratischen Presse. Von den Berliner Blättern ist es besonders der „Voll. Stg.“, die ihre Befriedigung über

das Ergebnis des preussischen Vorstoßes äußert. Auch die „Frankfurter Stg.“ beurteilt den vorläufigen Ausgang der Affäre sehr zutreffend. Dieses Blatt sagt u. a.: „Man wird den Papst nie bewegen können, eine Enzyklika zur Ära zu nehmen, aber das Verbot, die von den Römern zu veröffentlichen, kommt tatsächlich einer Zurücknahme gleich. Das Verbot der Veröffentlichung der Enzyklika hat der preussische Gesandte im Auftrage des Ministerpräsidenten ausdrücklich verlangt, und der Papst ist diesem Verlangen nachgegeben. Mehr war, wie nun einmal Rom und der Vatikan nicht zu erreichen, und man wird sogar sehr lange nachschießen müssen, um einen Fall zu finden, in dem die Kurie einer Regierung soviel nachgegeben hat.“

Als Leo XIII. im Jahre 1897 in der Canisius-Enzyklika ähnliche vererbende Urteile und Schmähungen über die Reformation ausgesprochen hatte, ist es unter der Kanzlerleitung und dem Ministerium des Fürsten Hohenhausen zu keinem Protest und keiner diplomatischen Aktion gekommen, obwohl wir uns gut zu erinnern glauben, der Kaiser sei auch gewürdigt hatte. Herr von Bethmann soll sich in dem Ausgange dieser diplomatischen Aktion befriedigt und man wird geradezu nicht betreten können, daß er sie in der Form richtig, aber doch mit dem nötigen Nachdruck geführt hat.

Wir glauben, daß in den Verhandlungen der Kurie gegenüber kein Zweifel gelassen worden ist, daß wenn sie ergebnislos oder unbefriedigend verliefen, der Gesandte abberufen werden würde. Auf das Eintreten der Kurie wird es sicher auch von einem großen Einfluß gewesen sein, daß ihr die starke Mißbilligung mancher deutscher Bischofe wie auch angesehenen Führer der Zentrumspartei über die Wirkung der Enzyklika nicht verborgen geblieben ist.“

Mehrere nationalliberale und fortschrittliche Blätter verlangen — und darin müssen auch wir ihnen beistimmen — die Aufhebung der preussischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl.

Wie man nun auch über den Erfolg der Regierung denke, die Aufhebung der Gesandtschaft erscheint, selbst unabhängig von jedem Konflikt, angebracht. Soll eine Vertretung bei der Kurie bestehen, so muß es möglich sein eine deutsche, nicht eine preussische sein. Daß sich in derselben Angelegenheit der preussische Gesandte, der bayerische, der königlich-sachsen, so sehr man ihn in der Sache unterstützen mag, an den Vatikan wenden, daß Herr v. Mühlberg ein Persönlichkeitsverbot für ganz Deutschland auswirkt und, wenn der Erzbischof von Bamberg dagegen verfährt, nicht Preußen, sondern Bayern dagegen Vorstellungen im Vatikan machen soll: das alles ist eine Anomalie.

Also eine entweder deutsche Gesandtschaft oder keine. Wir sind für keine.

## Die Fortbildungsschulpflicht.

Die gesetzliche Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht für alle männlichen und weiblichen Personen verlangte eine Petition des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte. Der Bericht der Handels- und Gewerbekommission darüber liegt jetzt vor. Dem Gedanken der Fortbildungsschulpflicht für die männlichen Personen haben alle Reichsparlamentarier gegenüber, schon mit Rücksicht auf die früheren Erklärungen des Handelsministers. Dieser Teil der Petition wurde auch der Regierung zur Berücksichtigung übermietet. Bezüglich der Fortbildungsschulpflicht für weibliche Personen wurde dem Bedenken laut: Die Fortbildungsschule für männliche Personen habe sich noch nicht genug eingelebt, es fehle für die weiblichen Personen an der genügenden Zahl gehörig ausgebildeter Lehrkräfte, die Gemeinden würden zu sehr belastet ufm. Der Regierungsvorsetzter führte u. a. aus:

Der Handelsminister werde ein Gesetz ausarbeiten lassen, das alle Gemeinden über 10 000 Einwohner zwingt, für alle männlichen gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren Fortbildungsschulen zu errichten. Für die Einführung des Fortbildungsschulzwanges für die weiblichen Personen unter 18 Jahren seien die Verhältnisse noch nicht reif. Die Entwicklung des Fortbildungsschulwesens für die männliche Jugend sei bereits soweit vorgeschritten, daß es nur noch etwa 50 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern gäbe, wo noch keine Fortbildungsschule bestanden und erst durch das Gesetz zur Errichtung einer solchen veranlaßt werden würden. Anders lägen die Dinge auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens für die weibliche Jugend. Nach der Fassung des § 120 der Gewerbeordnung könnten nur die weiblichen Handlungsgeschäften und -Lehrkräfte zum Besuch einer Fortbildungsschule verpflichtet werden. Von dieser Verpflichtung sei bisher in sehr geringem Umfange Gebrauch gemacht worden. Preußen zähle zurzeit nur annähernd 20 und 30 schulanfängerische Mädchenfortbildungsschulen mit etwa 3000 Schülerinnen. Es sei nicht darauf zu rechnen, daß für die gesetzliche Durchführung der Mädchenfortbildungsschulen die dafür nötigen Geldmittel flüssig zu machen seien, ebensowenig würde es möglich sein, genügend ausgebildete Lehrkräfte in ausreichender Zahl zu beschaffen. Der Handelsminister halte es deshalb für richtig, daß in der Weise, wie dies bei der Fortbildungsschule für die männliche Jugend geschehen sei, der gesetzlichen Regelung des Mädchenfortbildungsschulwesens vorgearbeitet werde, durch freiwillige Veranlassungen der Gemeinden, denen zu diesem Zwecke die Befugnis zu geben sei, die jugendlichen Arbeiterinnen wie bisher schon die männlichen Arbeiter durch statistarische Bestimmung zum Besuch der Fortbildungsschule zu verpflichten.

Nach diesen Erklärungen des Regierungsvorsetzters beschloß die Kommission, den Teil der Petition, der die weiblichen Arbeiter betrifft, der Regierung als Material zu überreichen.

## Parlamentarisches.

Wie der „Tag“ hört, werden dem preussischen Landtag in dessen nächster Tagung an größeren Gesetzentwürfen eine Vorlage betr. Neuordnung der Landwirtschaftlichen Verwaltung und eine Vorlage betr. Neuordnung des Steuerwesens.







Kreis-Lehrerkonferenz der Mittelschulen.

Unter dem Vorsitz des königlichen Kreisinspektors Herrn Stadtschulrat Brendel fand am Mittwoch...

Nach dem gemeinsamen Gesänge des Chors: 'Hör mich, o Herr'...

Die Beschlüsse, welche der Jugend durch die Schund- und Schundliteratur...

brochen und ihre Bekämpfung durch die Schule. Aus dem Inhalte des gehaltenen Vortrages...

Die Lehrerhaft hat in dem Kampfe um ihre materiellen Interessen...

Die Vereinigten Jugendchriftenausstöße haben auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Es ist eine Auerkennung...

Die kritische Serie dieser Schundliteratur ist die feruelle Literatur die heimlich durch Kolportiere...

Das höhere Mädchenschulwesen in der Provinz Sachsen. Die gedehnte Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens...

Es fanden innerhalb des letzten Jahres: Prof. Herrmann in Halle und Oberlehrer Krüger in Weissenfels...

Vortrag im Richard Wagner-Verein. Vor einem nicht sehr großen Kreise sprach Professor Dr. Krüger...

Provinzial-Nachrichten. Zur Bürgermeisterversammlung. Eisenach, 14. Juni. Die Medertzeit zur Bürgermeisterversammlung...

Gerat, 14. Juni. Allgemeine Befriedigung hat es hier unter der Bürgerhaft hervorgerufen...

Stiege am Harz, 14. Juni. (Hotel-Verkauf). Das am Fuße des Schloßes 'Stiege' gelegene Hotel 'Zum Burgstiege'...

Quetz, 14. Juni. (Bischofskapel). Bei dem heute nachmittag 5 Uhr über unsen Ort ziehenden Gewitter...

Presch, 14. Juni. (An-Bischofskapel) Nach vorgetrahenem Bericht...

Roburg, 14. Juni. Der Landtag des Herzogtums Coburg ist heute in Anwesenheit von 14 Abgeordneten...

H. Mühlberg, 15. Juni. In der bayerischen Abgeordnetenkammer erklärte der Kultusminister v. Wehner...

H. Garmisch, 15. Juni. Das Hochwasser wächst furchtbar. Hier sind sämtliche Brücken fortgerissen...

H. T. B. Jügelheim (Bergrist), 16. Juni. (Friedat-Telegramm). Auf der hiesigen Beobachtungsstation...

H. T. B. Calais, 16. Juni. In der Bergung der Leichen der 'Rudolph' ist eine Stodung eingetreten...

H. Frankfurt a. M., 15. Juni. Bei der Explosion in der Bodenheimerstraße im Hause des Bankiers...

H. T. B. Calais, 16. Juni. In der Bergung der Leichen der 'Rudolph' ist eine Stodung eingetreten...

Das Tor des Lebens. Roman von Anny Botke. (Fortsetzung.) Berliner Revue. Von A. Glorius. - Wunte Zeitung - Büchertisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Beste Nachrichten, Vermittlung und Sport: Erich Polak; für den Feuilleton: Martin Gaudwanger; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Gebraut; Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

Ein sonderbarer Spaß. H. Frankfurt a. M., 15. Juni. Bei der Explosion in der Bodenheimerstraße im Hause des Bankiers...

Unterhaltungsblatt. Das Tor des Lebens. Roman von Anny Botke. (Fortsetzung.) Berliner Revue. Von A. Glorius. - Wunte Zeitung - Büchertisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Beste Nachrichten, Vermittlung und Sport: Erich Polak; für den Feuilleton: Martin Gaudwanger; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Gebraut; Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

Ein sonderbarer Spaß. H. Frankfurt a. M., 15. Juni. Bei der Explosion in der Bodenheimerstraße im Hause des Bankiers...

Unterhaltungsblatt. Das Tor des Lebens. Roman von Anny Botke. (Fortsetzung.) Berliner Revue. Von A. Glorius. - Wunte Zeitung - Büchertisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Beste Nachrichten, Vermittlung und Sport: Erich Polak; für den Feuilleton: Martin Gaudwanger; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Gebraut; Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

Presch, 14. Juni. (An-Bischofskapel) Nach vorgetrahenem Bericht...

Roburg, 14. Juni. Der Landtag des Herzogtums Coburg ist heute in Anwesenheit von 14 Abgeordneten...

H. Mühlberg, 15. Juni. In der bayerischen Abgeordnetenkammer erklärte der Kultusminister v. Wehner...

H. Garmisch, 15. Juni. Das Hochwasser wächst furchtbar. Hier sind sämtliche Brücken fortgerissen...

H. T. B. Jügelheim (Bergrist), 16. Juni. (Friedat-Telegramm). Auf der hiesigen Beobachtungsstation...

H. T. B. Calais, 16. Juni. In der Bergung der Leichen der 'Rudolph' ist eine Stodung eingetreten...

H. Frankfurt a. M., 15. Juni. Bei der Explosion in der Bodenheimerstraße im Hause des Bankiers...

H. T. B. Calais, 16. Juni. In der Bergung der Leichen der 'Rudolph' ist eine Stodung eingetreten...

Das Tor des Lebens. Roman von Anny Botke. (Fortsetzung.) Berliner Revue. Von A. Glorius. - Wunte Zeitung - Büchertisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Beste Nachrichten, Vermittlung und Sport: Erich Polak; für den Feuilleton: Martin Gaudwanger; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Gebraut; Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

Ein sonderbarer Spaß. H. Frankfurt a. M., 15. Juni. Bei der Explosion in der Bodenheimerstraße im Hause des Bankiers...

Unterhaltungsblatt. Das Tor des Lebens. Roman von Anny Botke. (Fortsetzung.) Berliner Revue. Von A. Glorius. - Wunte Zeitung - Büchertisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann; für Ausland, Beste Nachrichten, Vermittlung und Sport: Erich Polak; für den Feuilleton: Martin Gaudwanger; für den Anzeigen-Teil: Friedrich Gebraut; Druck und Verlag von Otto Henkel. Sämtlich in Halle a. S.

Ein sonderbarer Spaß. H. Frankfurt a. M., 15. Juni. Bei der Explosion in der Bodenheimerstraße im Hause des Bankiers...

Unterhaltungsblatt. Das Tor des Lebens. Roman von Anny Botke. (Fortsetzung.) Berliner Revue. Von A. Glorius. - Wunte Zeitung - Büchertisch.

Fragment of text from the right edge of the page, partially cut off.



Godwasser und Unwetter.

Kaum ist uns die schreckliche Kunde geworden von der Katastrophe, die über die Gifel und das Goral gekommen ist, so treffen auf schon neue Stöße...

Mangel an Nahrungsmitteln

gelfend. Die Brücken, die noch zerstört geblieben sind, werden ebenfalls abgebrochen. Der Meteorologe auf der Zugspitze meldet auch das Eintreten der Schneeschmelze...

Zentral- und Ostdeutsch.

In Altdorf wurde in der Nacht vom Mittwoch ein Haus durch einen Erdstöß verfallt. Die ganze Familie des Bräutigams zerbrach unter den Trümmern...

Zur dem nördlichen Alpengebiete

treffen ebenfalls anhaltend Meldungen über schwere Hochwasserstände ein. Infolge harter Regengüsse haben die Salzach und ihre Nebenflüsse im Oberpinzgau die Ufer in mehreren Gemeinden überflutet...

Wahlzettel-Perforanz. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung aus Kallitua ist auf der dortigen Municipalwahl ein Verstoß beim Zählen einer Karte durch einen der Stimmen geendet.

Estrunken. Sechs Soldaten, die bei Tran über die Donau gehen wollten, sind infolge eigener Unvorsichtigkeit ertrunken.

Hochschulnachrichten.

Professor Dr. Heinrich Brunner, der ausgezeichnete Gelehrte und hervorragende Lehrer der deutschen Rechtsgeschichte an der Berliner Universität...

Gehobener Regierungsrat Professor Dr. Albert Orth, der bekannte Lehrer und Forscher für Landwirtschaft und Bodenkunde, ordentlicher Honorarprofessor an der Berliner Universität...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börsen.

(Telephonischer Bericht der "Saale-Ztg.") 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 210,25, Diskonto 187,12, Deutsche Bank 251,37, Berliner Handelsbank 174, Dresdner Bank 153, Russische Anleihe von 1902/37...

Zum Karussell. Berlin, 15. Juni. 4%, Badische Staatsanleihe 05/06 net 131.10,000 G., 4%, Bayerische Staatsanleihe 101.10,00 G., 4%, Bayerische Staatsanleihe 08 net 1918 101,000 G., 4%, Schwarzwald-Sonderanleihe...

Londoner Börsen vom 15. Juni. 5% Nixonson's Engrs. Konkols 82,00, Rio Tinto 67,43, Geduld 331, Goldfields 64,44, Steel com. 80,05, Special pref. 119,25, Rand Mines 618, Anglocons 82,35.

Der Kall-Kuxenmarkt.

Table with 4 columns: Name, Gold, Brier, and Price. Lists various commodities and their market values.

Die Ernteaussichten in Russland

lauten nach den letzten statistischen Daten äußerst günstig, sowohl Winter- als auch Sommergetreide betreffend.

Alkalwerke Westeregeln. In der Generalversammlung berechnete Generaldirektor Ebeling die Gesamtelastung der Kallindustrie durch das neue Gesetz unter Berücksichtigung der Preisreduktion auf etwa 8 Mill. Mk.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörsen. 15. Juni. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 190-198 ab Bahn und frei Mohl, Roggen inl. 140-142 ab Bahn und frei Mohl, Hafer inl. 120-125 ab mohlberg, poln., pruss., poconischer u. schlesischer feiner 120...

bis 173, mittel 153-163, gering 143-153, russischer und Donan mittel 141- gering - ab Bahn und frei Wagen, Mais, amer. mittel 154-160, neuer abfuhrer 140-147, runder 150,00-154,00 frei Wagen, Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 120,00 bis 180,00, gute 127-153, russische ab Bahn und frei Mohl, inländische und ausländische Futtergerste mittel 151-161, Tanambaren 162-170 ab Bahn und frei Wagen, Weizen 20 24,50-27,50, Roggenmittel 0 u. 1 17,00-19,00, Weizenale 10,50-11,50, Roggenzettel 9,75 bis 10,75 Mark.

Hamburg, 15. Juni. Getreidemarkt. Weizen still, Oehelst, Mehl 170-185, Roggen still, Mecklenburg und Pom. 140-145, Gerste ruhig, Aufg. 64-69, Hafer ruhig, Holsteiner 153-162, Mecklenburger 100-170, Mais flau, La Plata 118-120, mixed 110-112.

Antwerpen, 15. Juni. Deutsche La Plataag, Konk. B. per Juni 6,05, Aug. 6,05, Okt. 5,90, Dez. 5,77, Febr. 5,65. Umsatz 85,000 qd. Still. Feat. 15. Juni. Weizen per Okt. 0,47 G., 0,48 B. Roggen per Okt. 0,60 G., 0,61 B. Hafer per Okt. 7,17 G., 7,18 B. Mais per Juli 5,24 G., 5,25 B. Bapa per Aug. 12,47 G., 12,53 B.

Kaffee. Hamburg, 15. Juni. Rübenzucker. A. Produkt, Basis 88%, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg.

Bio de Janeiro, 15. Juni. Kaffee-Zurufahrn 4,900 Sack in Rio 9,000 Sack in Santos. Havre, 15. Juni. Kaffee good average Santos per Sept 45 1/2, per Dez. 45 1/2, per März 45 1/2, per Mai 45 1/2.

Nordhausen, 15. Juni. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 92,50, 80-85-87,50, 40. Vol. Proz. für 100 kg (100-107 G.) Liter 95,75-98,75 Mark per Loko, Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105-105 G.) 86,00-87,00 Mark, do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (100-107 G.) 86,00-87,00 Mark. für Juni-September 1910 ohne Fasse ab Brenner.

Magdeburg, 15. Juni. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg - Still. Berlin, 15. Juni. Kartoffelmehl u. -Stärke 13,75-20,00.

Fettwaren und Öle. Köln, 15. Juni. Böbel loko 67,00, per Okt. 65,50. Hamburg, 15. Juni. Stedehausen 71,50, amerik. Steam 62,50, Chamberlain 64,00.

Wolle. Bremen, 15. Juni. Baumwolle still, Upl. loko middl. 76,25 Pfg. Liverpool, 15. Juni. Aegyptische Baumwolle für Juli 12,41, Alexandria, 15. Juni. Aegyptische Baumwolle per Juli 24,11, Nov. 20,11, Jan. 20,03.

Chemische Produkte. Hamburg, 15. Juni. Chlorsäureper loko 5,75, Febr.-März 9,15 frei Fahrzeug Hamburg.

Berliner Viehmarkt. Berlin, 15. Juni. Städt. Schlachthviehmarkt. (Amst. Bericht.) Es stecken zum Verkauf: 171 Rinder, 776 Bullen, 24 Ochsen, 60 Kühe und Färsen, 2634 Kälber, 3828 Schweine, 1229 Schafe, Junghüh (Fresser), Lebendgewicht - - - Schlachtgewicht - - - Kälber: a. Doppeltender feiner Mast, Lebendgewicht 70-85, Schlachtgewicht 56-70, b. feinste Mast (Voll-Mast) und beste Saugkalber, Lebendgewicht 49-55, Schlachtgewicht 32-35; c. mittlere Mast- und gute Saugkalber, Lebendgewicht 40-48, Schlachtgewicht 28-31; d. geringe Saugkalber, Lebendgewicht 25-30, Schlachtgewicht 18-20; e. beste Mast (Voll-Mast) und beste Saugkalber, Lebendgewicht 37-41, Schlachtgewicht 30-32; f. ältere Masthammel, Lebendgewicht 31-37, Schlachtgewicht 22-24; g. mässige gemähte Hammel und Schafe (Merzschafe), Lebendgewicht 25-35, Schlachtgewicht 17-20; h. Schweine: a. Fleischschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht - - - Schlachtgewicht - - - b. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen über 34 Ztr. Lebendgewicht 51-53, Schlachtgewicht 34 - - - c. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen bis 2 1/2 Ztr. Lebendgewicht 40-52, Schlachtgewicht 26 bis 28; d. fleischige Schweine, Lebendgewicht 50-54, Schlachtgewicht 32-34; e. gering entwickelte Schweine, Lebendgewicht 47 bis 50, Schlachtgewicht 30-32; f. Saueu, Lebendgewicht 45-46, Schlachtgewicht 30-32.

Tendenz: Das kleine Angebot von Rindern wurde nicht vollständig geräumt. Der Rinderhandel gestaltet sich ruhig. Bei den Schafen fand kaum die Hälfte des Anfridges Anfruges. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt.

Metalle. London, 15. Juni. Chalk-Kupfer ruhig 54 1/2, 3 Mon. 55 1/2, Zinn Straite ruhig 148, 3 Mon. 149 1/2. Blei span., ruhig 12,50 engl. 13. Zink, gewöhnliche Marke, träge 22, span. Marke 23 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Table with columns for market location and dates. Lists prices for various goods in New York, Chicago, and London.

Wasserstände.

Table with columns for location and date. Lists water levels for various rivers and lakes.

Table with columns for location and date. Lists prices for various commodities like flour, oil, and sugar.



Main table containing various stock market listings, including sections for 'Deutsche Pfandbriefe', 'Eisenbahn-Stamm-Aktien', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'. Each entry includes a company name, a numerical value, and a small icon or symbol.

Vertical text on the right margin, possibly containing advertisements or additional market information.